metallnachrichten

Bezirk Baden-Württemberg

» Eine Information für die Beschäftigten in Baden-Württemberg

www.igm.de

Nr. 9 / 10. September 2013

Bundestagswahl am 22. September

jede Stimme mmt es a

Das Rennen bleibt offen und am 22. September zählt jede Stimme. Jeder vierte Wähler entscheidet sich erst kurz vor der Bundestagswahl, ob oder welche Partei er wählen wird. Die IG Metall ruft ihre Mitglieder dazu auf, ihre Stimme abzugeben - für einen Kurswechsel im Sinne der Beschäftigten.

Vom Ausgang der Wahl hängt ab, ob Weichen in der Bundespolitik neu gestellt werden können - sei es auf dem Arbeitsmarkt, in der Bildung, bei den Renten oder Europa. Eine hohe Wahlbeteiligung ist auch ein Signal an die Politiker: Wir schauen euch auf die Finger! Wir mischen mit -

nicht nur am Wahltag selbst, sondern auch darüber hinaus!

Eure Stimmen für den **Kurswechsel 2013**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ist alles schon entschieden bei der Bundestagswahl? Nein, abgerechnet wird am 22. September. Wir alle haben den Kurswechsel 2013 in der Hand. Wenn wir zur Wahl gehen und viele Unentschlossene davon überzeugen, wird es am Wahlabend spannend. Die IG Metall spricht keine Empfehlung für eine Partei aus - das verbietet sich für eine Einheitsgewerkschaft.

Entscheidend sind nicht die Farbenspiele möglicher Koalitionen im Bundestag. Vielmehr geht es darum, dass eine neue Bundesder Beschäftigten berücksichtigt. Aus der Beschäftigtenbefragung wissen wir, was die Menschen sich wünschen: nämlich gute

und faire Arbeitsbedingungen, armutsfeste Renten, gute Bildungschancen, gerechte Teilhabe am Wohlstand und Zukunftsinvestitionen in unsere öffentlichen Einrichtungen und

Deshalb geht mein Appell an alle: Geht wählen am 22. September!

> Euer Jörg Hofmann IG Metall-Bezirksleiter



Wählen gehen!







»Die Macht geht vom Volk aus, nicht vom Markt«

Musik von Queen, Kabarett mit Chaco Habekost und Christoph Sonntag – die 2400 Teilnehmer an der Funktionärskonferenz der IG Metall Baden-Württemberg in Sindelfingen erlebten ein tolles Programm. Mit Nachdruck forderten sie einen Kurswechsel in der Politik für mehr Gerechtigkeit.

Detlef Wetzel, Zweite Vorsitzender der IG Metall, fand dort

deutliche Worte: »So vieles, mit dem sich die Politik beschäftigt, geht an der Lebenswirklichkeit der Menschen vorbei.« Denn die Menschen interessierten sich vor allem dafür, dass sie einen sicheren und fair bezahlten Job haben, von dem sie sich und ihre Familien ernähren können – ohne ständigen Existenzdruck am Arbeitsplatz und die Angst vor Altersarmut, so Detlef

Wetzel: »Wer die Bürger ernst nimmt, muss sich dieser Themen annehmen. Da heißen die Schlüsselbegriffe: Mindestlohn, Bekämpfung prekärer Beschäftigung und flexible Übergänge bei der Rente«, sagte der Zweite IG Metall-Vorsitzende. »Die Macht«, so Wetzel, »geht nicht vom Markt aus, sondern vom Volk.«

Bezirksleiter Jörg Hofmann

sagte: »Am 22. September gilt es, der bisherigen Politik die rote Karte zu zeigen. Es muss Schluss sein mit der Spaltung der Gesellschaft. Wir wollen einen Kurswechsel zu mehr Gerechtigkeit.« Hofmann rief dazu auf, sich in den Betrieben für eine hohe Wahlbeteiligung einzusetzen: »Wer wählt, bestimmt mit. Wer nicht wählt, wird trotzdem regiert.«

Wahl-Material

Der Wahlwerbespot der IG Metall macht Furore und sorgt bei Youtube für hohe Klickzahlen und kontroverse Diskussio-



nen. Die Botschaft lautet: Geh wählen!

Der Link zum Spot: www.youtube.com, Stichwort Metallmix 2013. Für den direkten Link den QR-Code scannen.

Die IG Metall hält weitere Informationen und Materialien zur Bundestagswahl im Netz bereit

 www.arbeitsicherundfair.de.
Dort gibt es weitere Argumente zu den Forderungen der
IG Metall (und auch den Wahlspot).





Kurswechsel - mit dem Stimmzettel

In der Sindelfinger Funktionärskonferenz nahmen Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben Stellung zur Forderung nach einen Kurswechsel 2013.



Joachim Nisch, Vertrauenskörperleiter Daimler Sindelfingen zur Rente: »Wir fordern einen

rentenpolitischen Kurswechsel -

zurück zu einem auskömmlichen Rentenniveau, das Menschen mit langer Erwerbsbiografie vor Armut im Alter schützt. Wer die Würde hart arbeitender Menschen mit Füßen tritt, muss mit dem Wahlzettel aus dem Amt vertrieben werden.

Sabine Pfleghar, Betriebsrätin bei ZF Friedrichshafen zur Verteilungsgerechtigkeit: »Einen



armen Staat können sich nur die Reichen leisten, und auf Dauer nicht einmal die.

Wir fordern deshalb eine höhere Beteiligung der Vermögenden, einen höheren Spitzensteuersatz, eine Vermögensabgabe, die Finanztransaktionssteuer. Nur so können wir unsere Zukunft gestalten.«

Christian Schwaab, bisher JAV-Vorsitzender Daimler Gaggenau zu prekärer Arbeit:



»Wir werden uns nicht damit abfinden, dass Arbeit zur Ramschware verkommt. Am 22. September haben wir die Möglichkeit, das zu ändern.«

Afra Blanco Rodriguez aus Spanien zu Europa: »In meiner Heimat finden 60 Prozent der jun-



gen Menschen keine Arbeit. Die europäische Krise erfordert solidarische Antworten. Sonst werden wir alle zu Verlierern.«

Forderungen an die Politik

Die IG Metall fordert von einer neuen Bundesregierung eine Politik für die Menschen. Dazu gehört:

- Gute Arbeit. Leiharbeit regulieren, sachgrundlose Befristung abschaffen, Mini-Jobs begrenzen, Schein-Werkverträge eindämmen, gesetzlicher Mindestlohn.
- Rente. Rentenniveau erhalten, weg mit der Rente ab 67, abschlagsfreier Renteneintritt nach 45 Versicherungsjahren, flexible Altersübergänge.
- Verteilungsgerechtigkeit. Höhere Spitzensteuer und Kapitalertragssteuer, Besteuerung hoher Vermögen, Finanztransaktionssteuer zur Stärkung öffentlicher Haushalte und Finanzierung von Zukunftsinvestitionen.
- Soziales Europa. Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen, europäisches Wachstumsprogramm, stärkeres Europäisches Parlament und Schluss mit Einschnitten bei Arbeitnehmerund Gewerkschaftsrechten.
- Gute Bildung und Chancengleichheit. Gleiche Bildungschancen für die jungen Menschen. Keine Bildungspolitik, bei der der Geldbeutel der Eltern über die Bildungschancen der Kinder entscheidet.



Warum wir wählen gehen:



Martina Pflum, Betriebsrat Grohe, Lahr: »Ich wähle, damit ich mich hinterher nicht beschweren kann.

dass die Falschen gewählt wurden. Mit meiner Stimme gestalte ich die Zukunft unseres Landes mit.«



Jörg W. Schmitt, Betriebsrat Alcatel-Lucent, Stuttgart: »In den letzten Tagen höre ich häufig: 'Ich weiß

gar nicht mehr, wen ich wählen soll, die machen doch alle den gleichen Mist.' Meine Antwort darauf: 'Trotzdem ist es wichtig zur Wahl zu gehen, denn nur wenn du wählen gehst, kannst du aktiv mitentscheiden, wie du dir deine Zukunft vorstellst.'«



Bernd David, Betriebsrat Kaco, Heilbronn: »Ich wähle, um einen Kurswechsel herbeizurufen, für

schnellere Veränderungen bei der Energiewende, der Abschaffung von unsicheren Jobs und einer Überarbeitung des Rentensystems. Bei der Umfrage der IG Metall mit über 500.000 Rückmeldungen konnte man die große Unzufriedenheit der Kolleginnen und Kollegen feststellen. Hier gilt es Veränderungen zu veranlassen und dies ist mit dem Gang zur Wahlurne möglich.«



Steffen Kutscher, JAV Bosch, Feuerbach: »Viele junge Menschen haben keine Zukunftsperspektive mehr,

Leiharbeit und befristete Jobs stehen auf der Tagesordnung, Vollzeitarbeit von der man nicht leben kann. Du willst, dass sich diese Dinge ändern?! Dann setze dein Kreuz für einen politischen Kurswechsel und geh wählen!«



Bruno Buschbacher, VK-Leiter Mercedes-Benz, Werk Mannheim: »Ich gehe wählen,

um bei der mir wichtigen Grundlage der Gesetzgebung in der Fragen der Mitbestimmung nicht außen vor zu sein. Dies soll mir als Arbeitnehmer und Familienvater die notwendige soziale Sicherheit geben, ein planbares Leben führen zu können.«



Sabine Fiebig, Betriebsrat Voestalpine Polynorm, Schwäbisch Gmünd: »Wir haben das Glück,

unsere Meinung frei äußern können. Das wird uns täglich durch Nachrichten aus dem Ausland bewusst gemacht. Unsere Demokratie hat sicher viele Schwächen und Lücken, aber sie ist die beste Staatsform. Darum geht wählen!«



Wolfgang Nieke, Betriebsrat Mercedes-Benz, Werk Untertürkheim: »Schwarzgelb bedeutet: kein ge-

setzlicher Mindestlohn, kein Zugang zur gesetzlichen Rente nach 45 Jahren Arbeit und auch keine stärkere Beteiligung der Vermögenden an der Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben. Wer das ändern will, muss wählen gehen, damit es für die Arbeitnehmer in die richtige Richtung geht.«



Daniel Sauerbeck, JAV TRW, Alfdorf: »Wenn das halbe Volk nicht zur Wahl geht, wird eben nur das

halbe Volk vertreten.«



Kaja Helbig, Betriebsrat Festo, Esslingen: »Nur wer zur Wahl geht, kann mitbestimmen. Wer

nicht wählt, der schenkt seine Stimme vielleicht der Partei, die ihn oder sie später 'quält'.«



Peter Schmid, Betriebsrat Adecco, Ludwigsburg: »Ich gehe wählen, weil jemand, der nicht gewählt hat,

sein Recht verspielt, Veränderungen und Korrekturen in Deutschland aktiv zuzulassen. Wer wählt, zeigt, dass ihm oder ihr an unserem Gemeinwesen etwas liegt und bereit ist, sich demokratisch einzubringen!«



Rolf Welle, Betriebsrat Bosch, Bühl: »Unser Land braucht keine asoziale Marktwirtschaft, sondern

soziale Gerechtigkeit. Deshalb wählen gehen und für den Kurswechsel sorgen!«



Ismayil Arslan, Betriebsrat Siemens, Tübingen:

»Ich habe vor 20 Jahren die deutsche Staatsbürger-

schaft angenommen, weil ich die politischen Entscheidungen, die wie jeden anderen auch mich betreffen, mitentscheiden wollte. Ich gehe wählen, da die abhängig Beschäftigten nur so die Chance haben, ihre politischen Interessenvertreter zu bestimmen.«



Erich Klemm, Gesamtbetriebsrat Daimler, Sindelfingen: »In vielen Ländern der Welt haben die Men-

schen in jüngster Zeit unter Einsatz ihres Lebens für ein Wahlrecht gekämpft. Das macht uns bewusst, dass freie und demokratische Wahlen nicht selbstverständlich sind. Gerade die Arbeitnehmer sollten auf dieses Recht nicht verzichten und sich Gehör verschaffen. Ich werde mein Wahlrecht wahrnehmen – die Politik muss wieder im Interesse der Menschen gemacht werden.«



Rolf Ebe, Betriebsrat Liebherr, Ehingen: »Wir sollten unser Wahlrecht als Chance begreifen, auf politische

Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Um die Freiheit der Demokratie zu schützen, sehe ich es als notwendig an, wählen zu gehen. Wer mit politischen Entwicklungen unzufrieden ist, muss Position beziehen. Nichtwähler stärken zudem die Entwicklung radikaler Parteien.«



Jürgen König, Betriebsrat Karl Scheufele, Birkenfeld: »Wer nicht wählt hat schon gewählt – ein

Spruch der mich immer wieder motiviert, wählen zu gehen. Setz deine Stimme für eine arbeitnehmerfreundliche Politik ein und fordere die sozialen Versprechungen der Wahlprogramme von deinen Abgeordneten ein.«

